



**Heimat bewahren.  
Zukunft sichern.**

**Für einen starken ländlichen Raum in Baden-Württemberg**

# **Heimat bewahren - Zukunft sichern**

## ***Für einen starken ländlichen Raum in Baden-Württemberg***

Baden-Württemberg hat **starke ländliche Räume**: Die Wirtschaftskraft gehört zu der höchsten in Deutschland und Europa, die Lebensqualität ist hervorragend und die Landschaften außergewöhnlich schön. Hervorzuheben sind besonders die Heimatverbundenheit, das ehrenamtliche Engagement und der Gemeinschaftssinn der rund 3,7 Millionen Menschen, die in den ländlichen Räumen Baden-Württembergs ihr Zuhause haben. Die ländlichen Räume Baden-Württembergs stehen für abwechslungsreiche Landschaften, kleine Städte und Dörfer sowie gute regional erzeugte Speisen und Getränke – damit tragen sie maßgeblich zum positiven Image unseres Landes bei.

Die CDU Baden-Württemberg hat durch eine ausgewogene Strukturpolitik über Jahrzehnte dazu beigetragen, dass unsere ländlichen Räume heute gut dastehen – dies darf nicht durch grün-rote Zentralisierungspolitik gefährdet werden.

Antriebsfeder für unsere Politik ist und bleibt, gleichwertige Lebensverhältnisse in den Ballungsgebieten und auf dem Land zu schaffen. **Dazu wird es auch künftig erforderlich sein, geeignete Förderprogramme auf den Weg zu bringen.**

Ohne Zweifel stehen die ländlichen Räume vor großen Herausforderungen: Der demographische Wandel und die zunehmende Abwanderung junger Menschen in die Ballungsgebiete wird tiefgreifende Veränderungen mit sich bringen – unser Ziel ist es, dieser Entwicklung so weit wie möglich entgegenzuwirken. Die CDU Baden-Württemberg setzt auf nachhaltige Lösungen, damit die Menschen auch in Zukunft gut und gerne auf dem Land leben. Wir lassen die Kirche im Dorf – für uns ist das „C“ nicht nur Markenname, sondern Programm!

## ***I. Lebendige Städte und Dörfer erhalten und gestalten***

In vielen kleinen Gemeinden sind in den vergangenen Jahren Lebensmittelläden, Poststellen und Bahnhöfe verschwunden. Kommt es durch den demographischen Wandel zu einem weiteren Bevölkerungsrückgang, ist zu erwarten, dass immer mehr Versorgungseinrichtungen nicht rentabel bewirtschaftet werden können und schließen. Durch Verödung der

Ortskerne droht eine bedenkliche Abwärtsspirale in Gang gesetzt zu werden, die zu Abwanderung und damit zu weiteren Bevölkerungsverlusten führen kann.

Dieser Entwicklung will die CDU gegensteuern:

- Die spezifischen Vorteile des Landlebens, wie preiswerter Wohnraum - insbesondere für junge Familien, **hohe Lebensqualität** mitten in der Natur und intakte Sozialstrukturen, müssen aktiv beworben werden.
- Städte und Gemeinden müssen in Zusammenarbeit mit den Bürgerinnen und Bürgern **lebendige Ortskerne** erhalten und neu gestalten. So können z.B. durch bürgerschaftliches Engagement Dorfläden und Markttreffs entstehen, die zur Versorgung beitragen und zugleich Orte der Begegnung sind. Von großem Nutzen wären zentrale Dienstleistungshäuser, in denen Kinderbetreuung, Tagespflege und wöchentliche Angebote wie z.B. Friseur, Fußpflege, Sozialberatung oder auch Sprechstunden bei verschiedenen Allgemein- und Fachärzten angeboten werden.
- Um die **Versorgung** sicherzustellen, ist es zudem erforderlich, Hol- und Bringdienste, mobile Verkaufsstellen, dezentrale Verwaltungsdienstleistungen und Bankfilialen auszubauen sowie kurze, lokale Versorgungs- und Wertschöpfungsketten (Direktvermarktung, Hofläden, etc.) zu stärken.
- **Kunst und Kultur** tragen wesentlich zur Attraktivität des Lebens im ländlichen Raum bei. Vereine, Theater, Museen, Chöre, Orchester und andere Anbieter kultureller Angebote sind in ihrem Engagement durch Formen dezentraler Kulturförderung zu unterstützen.

## ***II. Hohe Lebensqualität für die Zukunft sichern***

### ***Angebote für Familien ausbauen***

**Familien** sind das Fundament unserer Gesellschaft. Sie leisten durch die Erziehung von Kindern einen unverzichtbaren Beitrag zum Fortbestehen der Gemeinschaft. Beste **Bildungs- und Betreuungsangebote** sind notwendig, damit sich Familien mit Kindern für ein Leben im ländlichen Raum entscheiden.

Wir treten vehement dafür ein, dass es hinsichtlich der Chancengleichheit von Kindern und Jugendlichen, der Wahlfreiheit in der Kindererziehung und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf keine Unterschiede zwischen Stadt und Land gibt.

Neben der Verbesserung an Angeboten für Familien muss auch die Versorgung älterer Mitbürger gewährleistet werden. Aufgrund der demographischen Entwicklung müssen bestehende Strukturen an die zukünftigen Verhältnisse angepasst werden.

Hier sind die **Förderungen von neuen Wohnformen**, wie z.B. „Mehrgenerationenwohnen“ äußerst wichtig.

### ***Gute Gesundheitsleistungen für alle***

Die Sicherstellung der medizinischen Versorgung ist für die Zukunft des ländlichen Raums entscheidend. Für uns gilt: Im ländlichen Raum darf es keine Medizin zweiter Klasse geben!

Die christlich-liberale Koalition im Bund hat durch das Versorgungsstrukturgesetz Anreize für Ärzte geschaffen, sich in ländlichen Regionen niederzulassen. Nun ist die grün-rote Landesregierung in Stuttgart aufgefordert, junge Mediziner und Hebammen zu motivieren, in den ländlichen Regionen zu praktizieren – z.B. durch finanzielle Anreize für eine Allgemeinarztpraxisöffnung in unterversorgten Gebieten.

Die medizinische Versorgung auf dem Land muss auch in Zukunft durch Haus- und Fachärzte sowie **Krankenhäuser** erfolgen. Die ambulante und die stationäre Versorgung sowie der **Rettungsdienst** und die **Notfallversorgung** müssen gewährleistet und gut aufeinander abgestimmt werden. Über die in vielen Regionen erforderliche Neuorganisation der Notfallversorgung müssen sich vor allem die Ärzte untereinander einigen. Das Notdienstangebot der Krankenhäuser muss mit einbezogen werden.

Grundsätzlich ist anzustreben, dass die ambulante medizinische Versorgung weiterhin durch freiberufliche Haus- und Fachärzte sichergestellt wird. Sofern eine **flächendeckende Versorgung** gefährdet ist, müssen die kassenärztlichen Vereinigungen jedoch Einrichtungen betreiben. In dünn besiedelten Gebieten können zudem mit Unterstützung der Kommunen und unter Beteiligung der kassenärztlichen Vereinigungen Arztstationen eingerichtet werden, in denen Mediziner unterschiedlicher Fachrichtungen abwechselnd ihre Sprechstunde abhalten können.

### ***Ehrenamt fördern und anerkennen***

In den ländlichen Regionen unserer Heimat sind besonders viele Menschen ehrenamtlich aktiv. Das reichhaltige Angebot an Sport, Kultur, Naturschutz-Aktivitäten und Brauchtumspflege wäre ohne Ehrenamtliche undenkbar. **Vereine und Ehrenamtliche** schaffen sinnvolle Freizeitangebote und stärken das Gemeinschaftsgefühl. Darüber hinaus leisten

freiwillige Feuerwehren und die Katastrophenschutzvereinigungen einen unverzichtbaren Beitrag für die öffentliche Sicherheit.

Uns ist es ein wichtiges Anliegen, dass bürgerschaftliches Engagement Respekt und Anerkennung erhält. Die CDU-geführte Bundesregierung hat die **ehrenamtliche Arbeit gestärkt**: Die Vereinsfreigrenzen im Steuerrecht wurden angehoben und die Übungsleiterpauschale für ehrenamtlich Tätige erhöht.

Gleichwohl verschließen wir nicht die Augen davor, dass auch im ländlichen Raum die Bereitschaft abnimmt, sich langfristig im Ehrenamt zu engagieren. Aus unserer Sicht ist die öffentlich unterstützte und vom Land geförderte Einrichtung von **Freiwilligenagenturen und Ehrenamtszentren** ein richtiger Weg, um kurzfristiges Engagement in konkreten Projekten zu fördern. Für Fortbildungen ist eine Freistellung für Ehrenamtliche notwendig!

### ***Sicherheit für unsere Bürger***

Für die öffentliche Sicherheit braucht der ländliche Raum neben gut ausgestatteten **Feuerwehren und Rettungsdiensten** vor allen Dingen auch eine handlungsfähige Polizei.

Die CDU setzt sich deshalb für eine bürgernahe **Polizei** ein, die im Notfall schnell am Ort des Geschehens ist. Die von Grün-Rot geplante Zentralisierung der Polizei und ihrer Ausbildungseinrichtungen hin zu den Ballungszentren lehnen wir ab.

Weiter halten wir es für notwendig, dem zunehmenden Nachwuchsmangel bei den Feuerwehren durch gezielte Werbung und Förderung entgegenzutreten.

### ***III. Wirtschaftsstandort stärken - Wohlstand und Arbeit in ländlichen Räumen sichern***

Die ländlichen Regionen Baden-Württembergs sind dank unserer vorausschauenden Politik in den letzten Jahrzehnten zu starken Wirtschaftsräumen geworden. Neben der Land- und Forstwirtschaft, dem Weinbau und der Ernährungswirtschaft sind auf dem Land insbesondere Handwerksbetriebe und mittelständische Unternehmen ansässig. Zahlreiche Mittelzentren im ländlichen Raum sind bedeutende Industriestandorte.

**Wohlstand und Arbeitsplätze** sind Voraussetzungen dafür, dass junge Menschen eine Perspektive in ihrer Heimat sehen und Zuwanderung aus anderen Regionen erfolgt. Deshalb wollen wir, dass sich unsere ländlichen Räume als attraktive Wirtschaftsstandorte weiterentwickeln. Ein wichtiger Aspekt ist in diesem Zusammenhang die **flexiblere Gestaltung der Arbeitszeiten und -orte, um die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und**

**Pflege** zu ermöglichen. Dies kann beispielsweise durch gezielte Förderung von Telearbeitsplätzen geschehen, da sie die Wirtschaftskraft im Ländlichen Raum stärken, das Verkehrsaufkommen verringern und Familien mit Kleinkindern besonders entgegenkommen.

**Mittelstand und Handwerk** sind starke wirtschaftliche Stützen des ländlichen Raums – der ländliche Raum Baden-Württembergs ist ein attraktiver Produktionsstandort. Dies liegt nicht zuletzt daran, dass Unternehmen hier sowohl Flächen für Produktionsanlagen als auch **motivierter und qualifizierter Mitarbeiter** finden. Die CDU wird diese positiven Standortfaktoren erhalten, damit Baden-Württemberg das Land der „**Weltmarktführer auf dem Dorf**“ bleibt. Da die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern auf dem Land größer ist als in Städten, bekräftigen wir gerade für den ländlichen Raum unsere Forderung nach **Entgeltgleichheit**.

Im Wettbewerb um qualifizierte **Fachkräfte** gilt es, die hohe Lebensqualität unserer ländlichen Räume, **insbesondere für junge Familien**, hervorzuheben. Des Weiteren treten wir dafür ein, regionale **Wertschöpfungsketten** von Zulieferern, Produzenten, Dienstleistern und Ausbildungseinrichtungen zu stärken, kleinen und mittelständischen Unternehmen Hilfestellungen bei Forschung und Entwicklung sowie bei der Erschließung von Exportmärkten zu gewähren und auch den Zugang zu Kapital sicherzustellen.

Die CDU bekennt sich zu regional verankerten Kreditinstituten und den **Erhalt des mehrgliedrigen Bankensystems**, insbesondere der Sparkassen- und Genossenschaftsbanken. Sie sind unverzichtbar zur Sicherung der Kredit- und Liquiditätsversorgung der kleinen und mittelständischen Unternehmen.

**Von der Bundeswehrreform betroffene Konversionsgemeinden** im ländlichen Raum sind besonders zu unterstützen, hierzu sind Land und Bund gemeinsam gefordert, in folgenden Bereichen Abhilfe zu schaffen:

1. Unterstützung der Kommunen bei der Ansiedlung von Unternehmen, um die Attraktivität der Standorte zu erhalten und neue kommunale Einnahmequellen zu erschließen.
2. Unterstützung bei der Anpassung bzw. beim Rückbau überdimensionierter militärischer Infrastruktur an zivile Möglichkeiten und Notwendigkeiten.
3. Auf Landes- und Kommunalebene sollte bei anstehenden Projekten sowie bei der Suche nach neuen Räumlichkeiten stets geprüft werden, ob eine Realisierung an besonders betroffenen Standorten in Betracht kommt. Außerdem sollten Bundes- und Landesministerien prüfen, inwieweit diese Kommunen in ihren jeweiligen Förderprogrammen bevorzugt werden können.

## **IV. Infrastruktur verbessern – Breitband ausbauen**

### ***Ländliche Räume brauchen funktionierende Verkehrswege***

Leistungsfähige Verkehrs- und Transportwege sind unerlässlich, damit Unternehmen im ländlichen Raum bleiben oder sich dort neu ansiedeln und so Arbeitsplätze erhalten oder neu geschaffen werden. Auch die Bürgerinnen und Bürger brauchen **sichere und gute Verkehrsanbindungen**, insbesondere um auf dem Land wohnen und täglich zum Arbeitsplatz pendeln zu können.

Aus diesen Gründen hat der Erhalt und der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur für die CDU Priorität – dies gilt für Straße und Schiene.

Die Straße wird weiterhin das Rückgrat der Mobilität im Ländlichen Raum sein. Das gilt für den öffentlichen Verkehr wie auch für den Individualverkehr. Das von der grün-roten Landesregierung im Koalitionsvertrag formulierte Ziel, nur noch in begründeten Einzelfällen neue Straßen und Ortsumfahrungen bauen zu wollen, halten wir deshalb für grundlegend falsch. Die Auswirkungen wären vor allem für die ländlichen Räume verheerend. Wir erwarten von der Landesregierung, dass sie entsprechende Mittel für den Erhalt, Neu- und Ausbau von Landesstraßen sowie die notwendigen Fördermittel für den kommunalen Straßenbau zur Verfügung stellt.

In Berlin setzen wir uns dafür ein, dass der Bund die erforderlichen Finanzmittel für den Erhalt und den Ausbau der Autobahnen und **Bundesfernstraßen** bereitstellt. Von der grün-roten Landesregierung fordern wir, ihre unsinnige Verzögerungs- und Blockadepolitik bei Autobahn- und Bundesfernstraßenprojekten aufzugeben. Stattdessen muss sie sich beim Bund für mehr Straßenbaumittel für Baden-Württemberg und die zügige Realisierung baureifer Projekte einsetzen.

Des Weiteren gilt es zu ermitteln, welcher Aus- und Erhaltungsbedarf mittel- und langfristig besteht – Aufgabe der Landesregierung ist es, die Planung wichtiger neuer Verbindungen entsprechend voranzubringen. Für die CDU steht fest: Ein Stillstand bei Planung und Bau von Verkehrswegen wäre Gift für die wirtschaftliche Entwicklung, insbesondere für unsere ländlichen Räume!

## ***Moderne Konzepte für den öffentlichen Personennahverkehr***

Unser Ziel ist, den öffentlichen Personennahverkehr in ländlichen Regionen weiterzuentwickeln und zu stärken. Der Öffentliche Verkehr wird im ländlichen Raum zum großen Teil durch den Bus geleistet. Die Busunternehmen müssen diese Aufgabe auch künftig durch eine maßgeschneiderte Förderpolitik leisten können. Der ländliche Raum muss aber auch auf dem Schienenweg mit einem verlässlichen Angebot angebunden sein. Die Menschen erwarten zu Recht, dass Leistung und Preise im ÖPNV stimmen. Verbundübergreifende Tarife mit speziellen Angeboten für Auszubildende und Studenten müssen landesweit umgesetzt werden.

Die demografische Entwicklung wie auch ein verändertes Nutzerverhalten erfordern aber ebenso neue Mobilitätskonzepte, **die mehr anlassbezogen und individuell genutzt werden können**. Aus diesem Grund befürworten wir, das Angebot an innovativen Car-sharing- und Mitfahrmöglichkeiten, Seniorentaxen sowie Anruf- und Bürgerbussen für den ländlichen Raum auszubauen.

Ein besonderes Augenmerk liegt in den kommenden Jahren in der Weiterentwicklung der E-Mobilität. Sie hat im ländlichen Raum großes Potenzial, weil hier häufig tägliche Fahrten in einem Umkreis von 50 Kilometern stattfinden. Notwendig ist deshalb ein gezielter Ausbau der Infrastruktur für E-Mobilität, wie z. B. geschützte Ladestationen in privaten Garagen oder bei Unternehmen. Ebenso steht ortsnahe Strom aus erneuerbaren Energien zur Verfügung. Zur Erprobung und Weiterentwicklung von Elektromobilität finden sich in den ländlichen Regionen ideale Bedingungen – diese müssen genutzt werden.

## ***Breitbandversorgung sichert die Zukunftsfähigkeit des ländlichen Raumes***

Nahezu alle Ansiedlungsentscheidungen von Unternehmen hängen vom Zugang zum schnellen Internet ab. Auch für Privathaushalte ist schnelles Internet unverzichtbar – für Home-Office bei Arbeitnehmern, für Einkäufe und Bankgeschäfte sowie für Bildung und Freizeitgestaltung werden Online-Anwendungen auch für ältere Menschen immer wichtiger. Vor diesem Hintergrund gehört für uns ein leistungsfähiger Breitbandanschluss zur Daseinsvorsorge.

Mit dem neuen Telekommunikationsgesetz hat die unionsgeführte Bundesregierung den Netzausbau erleichtert und dadurch Anreize für Investitionen in neue Hochgeschwindigkeitsnetze geschaffen. Jetzt geht es darum, auch die letzten „weißen Flecken“ zu beseitigen und auch dem rasant wachsenden Bedarf nach höheren Leistungen Rechnung zu tra-



gen. Die Kommunen sind nun gefordert, die verbesserten Fördermaßnahmen zu nutzen. Ziel muss es sein, die Breitbandversorgung im ländlichen Raum vollständig sicherzustellen.

Die Interkommunale Zusammenarbeit bei Versorgungseinheiten muss unterstützt werden.

### ***Gute Bildung ist für den ländlichen Raum existenziell***

In den Schulen im ländlichen Raum machen sich bereits jetzt die rückläufigen Geburtenzahlen spürbar bemerkbar. Unser Ziel ist, ein differenziertes, leistungsorientiertes und durchlässiges Schulsystem, das für jeden Schüler ein gut erreichbares Angebot bereithält – gerade auf dem Land.

Beste **Bildungsangebote** und beste **Betreuungsangebote** sind notwendig, damit sich Familien mit Kindern für ein Leben im ländlichen Raum entscheiden und **einem drohenden Fachkräftemangel entgegengewirkt werden kann**.

Bei den Grundschulen hält die CDU am Prinzip „kurze Beine, kurze Wege“ fest. Kleine Grundschulen mit ggf. kleinen Klassen werden von uns nicht in Frage gestellt. Um ein differenziertes Angebot an weiterführenden Schulen zu erhalten, bedarf es der Zusammenarbeit der Städte und Landkreise, beispielsweise beim Schülertransfer. Die CDU setzt sich für die Wiedereinführung der Fahrkartenbezuschussung für Kinder aus dem ländlichen Raum ein. Die jetzige Situation stellt eine deutliche Benachteiligung für Familien im ländlichen Raum dar. Die CDU fordert: Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss stärker gefördert werden.

Der Ausbau der Ganztagesangebote ist erforderlich. Ggf. können kleinere benachbarte Schulstandorte hier miteinander kooperieren.

Die hohe Wertschöpfung in den ländlichen Räumen Baden-Württembergs kann langfristig nur erhalten bleiben, wenn den innovativen Unternehmen auch qualifizierte Arbeitskräfte zur Verfügung stehen.

Die meisten Auszubildenden mittelständischer Unternehmen und kleiner Handwerksbetriebe kommen aus **Realschulen**. Eine Stärkung dieser eigenständigen Schulart ist notwendig, damit es auch zukünftig in diesen Bereichen gut ausgebildete Auszubildende gibt.

Viele **Hochschulen**, insbesondere Duale Hochschulen, sind im ländlichen Raum angesiedelt, was Unternehmen die Gewinnung von Hochschulabgängern erleichtert. Deshalb befürwortet die CDU, die dezentrale Hochschullandschaft Baden-Württembergs zu erhalten und bedarfsgerecht auszubauen.

Des Weiteren brauchen wir in allen Regionen des Landes leistungsfähige Berufsschulen. Das **duale Bildungssystem** gehört zu den Stärken des ländlichen Wirtschaftsstandorts – und ist unverzichtbar für die Qualifizierung und den Berufseinstieg junger Menschen. Alle dualen Angebote müssen in der Fläche des Landes erreichbar bleiben. Nur wenn die Berufsschulen auch im Ländlichen Raum eine breite Palette an Ausbildungsberufen anbieten, kann der Fachkräftenachwuchs auch zukünftig gesichert werden. Die flächendeckende Einführung von Landesberufsschulklassen wäre ein Angriff auf den Ländlichen Raum und die mittelständische Wirtschaft.

Darüber hinaus ist auch die Sicherstellung eines flächendeckenden Angebots an **Weiterbildung** durch Berufsschulzentren, Volkshochschulen und Anbietern der ländlichen Erwachsenenbildung (Landfrauen, Landjugend) erforderlich – in unserer schnelllebigen Informationsgesellschaft wird die Bereitschaft jedes Einzelnen zum lebenslangen Lernen immer wichtiger. Die Vernetzung von Einrichtungen schafft Synergien und erleichtert einen wirtschaftlichen Betrieb.

## ***V. Agrarwirtschaft muss als Rückgrat des ländlichen Raums erhalten bleiben***

Die nachhaltige Erzeugung **sicherer, gesunder Lebensmittel** und der Anbau **nachwachsender Rohstoffe** ist eine wichtige Zukunftsbranche. Die bäuerlichen Haupt- und Nebenerwerbsbetriebe tragen dazu bei, dass die Menschen qualitativ hochwertige **Lebensmittel** regional einkaufen können. Die Nachfrage unserer Verbraucher nach **regional erzeugten Lebensmitteln** muss unterstützt und gezielt gefördert werden.

Im Mittelpunkt steht für uns, die **Wettbewerbsfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe** – zumeist handelt es sich um Familienbetriebe – zu fördern. Wir wollen Landwirte auch dabei unterstützen, sich **zusätzliche Geschäftsfelder zu erschließen**, beispielsweise in der Direktvermarktung, bei der Erzeugung erneuerbarer Energien oder mit „Ferien auf dem Bauernhof“.

Als Ausgleich für die hohen Standards im Umwelt-, Verbraucher- und Tierschutz müssen im Rahmen der **Gemeinsamen Agrarpolitik** der Europäischen Union (GAP) auch weiterhin Direktzahlungen an die Landwirte geleistet werden (**1. Säule**). Dies ist notwendig, weil die Landwirte zukünftig zu den bereits geltenden Anforderungen ein Mehr an Umwelt- und Naturschutz durch eine verpflichtende Ökologisierungskomponente in der 1. Säule leisten müssen. Wir begrüßen, dass im Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (**2. Säule**) – neben dieser neuen Ökologisierungskomponente in der

1. Säule – die Fördermöglichkeiten für Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen bestehen bleiben. Eine starke 2. Säule ist unverzichtbar, um die Pflege der Kulturlandschaft sicherzustellen, Investitionen in die Landwirtschaft und in kleine und mittelständische Unternehmen im ländlichen Raum zu fördern, Bleibeorientierung zu schaffen und den Tourismus und Dienstleistungssektor auszubauen. Insbesondere befürworten wir die Förderung benachteiligter Gebiete, um eine flächendeckende Landbewirtschaftung zu erhalten.

Zusätzlich zu den weiterhin bestehenden Mitteln aus der Gemeinschaftsaufgabe des Bundes zur „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (**GAK**) halten wir es für richtig, auch die zur Verfügung stehenden Finanzmittel aus den Europäischen Fonds für die ländliche Entwicklung zu nutzen. Neben dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums **ELER** (2. Säule), einschließlich des Förderprogramms **LEADER**, sind auch die Möglichkeiten der weiteren Fonds auszuschöpfen, zu denen unter anderem der Europäische Fonds für Regionale Entwicklung **ERDF**, das Programm zur Europäischen Grenzüberschreitenden Zusammenarbeit **INTERREG**, der Europäische Sozialfonds **ESF** und das Forschungsrahmenprogramm **Horizon 2020** gehören.

Zudem treten wir dafür ein, dass die ökologisch wertvollen **Streuobstwiesen** in Baden-Württemberg auch nach dem Auslaufen des Branntweinmonopols bewirtschaftet und erhalten werden. Dies wollen wir durch eine entsprechende Klassifizierung des erzeugten Alkohols auf europäischer Ebene und einer Verbesserung der Vermarktungs- und Absatzwege über Erzeugerorganisationen erreichen.

### ***Landschaften schützen – Kulturlandschaft pflegen***

Der ländliche Raum ist die Seele unseres Landes. Die Landschaften in Baden-Württemberg sind durch große Vielfalt geprägt. Es ist von jeher das Anliegen der CDU, dies zu bewahren.

Wälder, Felder, Wiesen und Gewässer sind **wertvolle Naturräume**, denn sie sind für den Erhalt der Biodiversität unverzichtbar. Geschaffen wurden diese **Kulturlandschaften** durch jahrhundertelange land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung, die wir auch in Zukunft unbedingt brauchen. Darüber hinaus ist unsere Landschaft auch als **Erholungsraum** für Menschen bedeutsam.

Dieses Potenzial müssen wir für die ländliche **Tourismuswirtschaft** nutzen. Neben vielfältigen Möglichkeiten für Aktiv-Erholung in der Natur machen sehenswerte Ortschaften, Spezialitäten der regionalen Küche, kulturelle Sehenswürdigkeiten und nicht zuletzt die ausgeprägte **Gastfreundlichkeit und Willkommenskultur** unseren ländlichen Raum für Urlauber attraktiv.

Der Tourismus entwickelt sich in ländlichen Regionen zunehmend zu einem wichtigen **Wirtschaftsfaktor** – deshalb liegt uns die **Weiterentwicklung** sehr am Herzen. Hier hat vor allem der immer größer werdende Bereich Gesundheits- und Wellnessurlaub Potenzial und muss weiter ausgebaut werden. Mehr Qualifizierung durch Aus- und Weiterbildung, bessere **Vermarktung** der Angebote im In- und Ausland sowie der Ausbau der touristischen Infrastruktur wie Rad- und Wanderwege sind vorrangige Zielsetzungen.

Damit die Landschaften in Baden-Württemberg ihre Funktionen weiterhin erfüllen können, treten wir für eine gezielte Steuerung des Flächenverbrauchs ein. Um den **Flächenverbrauch** zu reduzieren, ist es zum Beispiel notwendig, in Städten und Dörfern der **Innenentwicklung Priorität zu geben** und Fördermittel durch Bund und Land bereit zu stellen. Notwendige Ausgleichsmaßnahmen dürfen nicht nur auf landwirtschaftlichen Flächen vorgenommen werden. Ausgleichsflächen sollten durch Landwirte gepflegt werden!

## ***VI. Erneuerbare Energien als Chance für den ländlichen Raum***

Neben dem Tourismus bieten auch **erneuerbare Energien** erhebliches Wachstumspotenzial für unsere ländlichen Räume. Der ländliche Raum hat die **Standorte** für die Windkraft, Dächer für Solaranlagen und für die Bioenergie die **Ressourcen** in Feld und Wald. Strom aus Biomasse ist auf Grund seiner Grund- und Spitzenlastfähigkeit unverzichtbar, damit die Energiewende gelingt. Besondere Anstrengungen sind für Speichermöglichkeiten aus erneuerbarer Energie notwendig.

### ***Akzeptanz schaffen, wirtschaftliches Potenzial nutzen***

In Baden-Württemberg haben wir aktive und engagierte Bürgerinnen und Bürger und eine ausgeprägte Bürgergesellschaft. Auch die Energiewende werden wir zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern umsetzen. Dafür brauchen wir eine frühe und umfassende Bürgerbeteiligung sowie eine umfassende Informationsstrategie, denn die **dezentrale Erzeugung erneuerbarer Energien** ist für die meisten Menschen in der Fläche deutlich spür- und sichtbarer als eine auf wenige Großkraftwerke konzentrierte Energieversorgung. Dem Informationsbedarf unserer Bürgerinnen und Bürger ist dabei aktiv Rechnung zu tragen.

Eine möglichst umfassende Bürgerbeteiligung wollen wir auch bei den Eigentumsverhältnissen der Energieanlagen. Auch das wird zur Akzeptanz der Energiewende beitragen. **Bürgergenossenschaften** machen deutlich: Energieerzeugung ist nicht Angelegenheit und Gewinnchance für wenige Konzerne, sondern jede Bürgerin und jeder Bürger kann sich beteiligen. Das führt zu Akzeptanz und Konsens für dezentrale Energieerzeugung vor Ort

und leistet einen wichtigen Beitrag zu einer eigenverantwortlichen Bürgergesellschaft. Von Bau und Wartung der Anlagen profitieren zudem **Mittelstand und Handwerk** – das sichert Arbeitsplätze. Gewinne aus dem Betrieb der Anlagen erhöhen die **Steuereinnahmen der Kommunen** – und kommen damit wiederum den Bürgerinnen und Bürgern zu Gute. All das zeigt: **Die Energiewende ist ein Bürgerprojekt.** So wollen wir sie zum Erfolg bringen.

Im Hinblick auf die Strompreisentwicklung brauchen wir einen **Ausbau mit Augenmaß** – durch falsche Schnellschüsse dürfen weder die privaten Verbraucher überfordert, noch die Unternehmen in ihrer Wettbewerbsfähigkeit gefährdet werden.